

Berliner Tageblatt



Nr. 69

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 10. Februar 1927

Dr. Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Verschärfung im China-Konflikt?

beharrt auf seinen Forderungen.

Beschluß des Kabinetts.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Peking, 10. Februar.

Das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat beschlossen, dem Protest der Mächte gegen die Entlassung Aglens zu antworten, und wenn nötig, auch seinen Nachfolger Edwards zu entlassen.

Das britische Memorandum nicht zu beantworten, das chinesische Protest gegen die Truppentransporte durch bedrohlich beantwortet worden ist.

Das chinesische Vorschlag, Shanghai zu neutralisieren, um es zu lassen und damit abzulehnen, da Shanghai die Jurisdiktion des Nordens stehe und von seinen Mächten geschützt werde.

Umschwung in Englands Chinapolitik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 10. Februar.

Die englische Haltung gegenüber China ist hier eine Umkehrung eingetreten. Darüber, wann und wo die englischen Truppen landen sollen, hat man den Vertretern in China die Entscheidung zugesprochen. Neuerdings sind in den englischen Siedlungen in China die Telegramme der dortigen englischen Zeitungsverleger reichlich. Fast alle, und besonders die „Times“, sind auf den Ton gestimmt, daß nur ein energisches Vorgehen der Chinesen zu einem günstigen Verhandlungsergebnis führen könne, und daß die englischen Kolonisten in China, sowie von neuen Truppentransporten die Rede sei, allerdings auch die Angst, in der die Engländer jetzt in China sind, und die wahrscheinlich auch berechtigt und vollumfänglich ist. Die Gesamtlage ist jedenfalls die, daß die Truppenentscheidung jetzt noch nicht umgelegt werden, und die Art und die Richtung der eingelaufenen Truppen unverzüglich nach weitertransportiert werden, hat beinahe etwas Provokatives. Mit einem gewissen Spott fragt heute der diplomatische Korrespondent des „Telegraph“, man könne jetzt sehen, ob man die Verhandlungen fortführen werde, nachdem man ihn

deutlich zu verstehen gegeben habe, daß die Verwendung der englischen Streitkräfte nicht Gegenstand von Verhandlungen zwischen England und den Kantonesen sein könne. Bei alledem muß aber immer wieder betont werden, daß die Regierung durchaus ehrlich ist, wenn sie ihre friedlichen und rein defensiven Absichten in China unterstreicht. Dem nichts würde England weniger wünschen als einen Krieg in China. Andererseits aber sagt die Regierung sich auch mit einer gewissen Berechtigung, daß ganz England über sie herfallen würde, wenn es plötzlich zu einem Massaker in China kommen würde, ohne daß die dortigen Engländer geschädigt worden seien. Dies kam sehr deutlich in der gefrigen Rede Lord Georges zum Ausdruck. Im Gegensatz hierzu haben in der Arbeiterpartei diejenigen der Linken angehörigen Elemente die Oberhand gewonnen, die die sofortige Abberufung der Truppentransporte fordern. Hierüber wird heute im Unterhause gesprochen werden. Inzwischen nehmen die Verhandlungen zwischen D'Mallen und Tschang ihren Fortgang, und wie der hantauer Vertreter der „Times“ wissen will, in befriedigender Weise. Der gleiche Korrespondent macht noch die Mitteilung von einer neuen Streikbewegung in Hantau, wo die Arbeiter einer englischen Zigarettenfabrik, nachdem ihnen die vollen Streiklöhne ausbezahlt wurden, neue Forderungen stellten und die englischen Geschäftsführer einpferkten. Die Mitteilungen aus Peking besagen, daß die Befürchtungen, die Entlassung Sir Francis Aglens würde einen Kurssturz der chinesischen Schuldverschreibungen hervorgerufen, sich bewahrheitet haben. Um 12 Punkte sind die Schuldverschreibungen gefallen, wodurch gerade die guten chinesischen Banken, die derartige Papiere besitzen, schwer leiden. Man liegt in finanziellen Kreisen weitere Befürchtungen, wenn die Regierung nicht energisch eingreift.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß die Chinesen neun Vertreter in dortigen internationalen Stadtrat verlangen, anstatt der drei, die man ihnen anbot. Dies sei die erste Folge des amerikanischen Vorschlags, Shanghai zu neutralisieren. Sehr energisch wendet sich der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gegen das Gerücht, es sei beabsichtigt, Shanghai nach dem Winter Danjiang unter den Völkerbund zu stellen. Dagegen meldet Reuters aus Tokio, Japan sei mit dem amerikanischen Vorschlag im wesentlichen einverstanden, als dieser Shanghai aus der Kriegszone entfernen würde. Die aktive Unterstützung der englischen Politik durch Italien erklärt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus folgenden Gründen: Erstens, Italien wolle seine wachsende Konkurrenz in Tientsin nicht verlieren; zweitens, die italienische Chinapolitik, die immerzu u. a. die Rechte und das Eigentum der Oesterreicher in China übernommen habe, habe ausgezeichnete Geschäfte gemacht; drittens, Schutz der katholischen Missionen.

Die Untersuchung gegen Reudell.

Erklärung des Kanzlers.

Kapp-Putsch. — Olympia.

Der Kanzler Dr. Marx ist immer noch mit der Untersuchung des Reudell-Beschäftigt. Wie wir von unterrichteten Kreisen, hat Marx nach wie vor die Absicht, am morgigen Morgen dem Reichstage die kommunikalische Interpellation zu beantworten. Diese Interpellation bezieht sich im wesentlichen auf die Beziehungen Reudells zur Reichsregierung. Darüber soll der Kanzler Klarheit geschaffen haben. Es man hört, selbstverständlich keine Verantwortung über Reudell den Rücktritt nachzugehen. Auch das Verhalten während des Kapp-Putsches soll der Kanzler als hinreichend betrachtet. Als entlastendes Moment dürfte es Dr. Marx in seiner Freitagserklärung vor dem Reichstage, daß die preussische Staatsregierung, was ja schon im Jahre 1921 Herrn v. Reudell als Regierungsrat nach dem Kapp-Putsch eine Stelle, die lediglich seine Berufung auf einen unpolitischen Posten bezweckte.

Die Interpellation nimmt man an, daß der Reichstanzler bei der Interpellation die kommunikalische Interpellation auf dem Reichstage, daß Herr v. Reudell vor dem Reichskabinett die Interpellation abgegeben habe, daß er den Eid auf die Reichsverfassung von Weimar geleistet habe und seine Leistung die entsprechenden Konsequenzen ziehen, das heißt, die Interpellation schärfen werde.

Die Reichstags-Sitzung begann nachmittags um 2 Uhr. Die Tagesordnung stand die erste Beratung des kommunikalischen eines Gesetzes über die Gewährung von Strafen in Verbindung mit der kommunikalischen Interpellation an. Es ist zu rechnen, daß nach der Behandlung dieses einzigen Punktes der Tagesordnung bereits ein lebhaftes Geschäftsbündnis stattfinden wird, da ja der Präsident des Reiches bereits Mitteilung davon machen wird, ob die Regierung die kommunikalische Interpellation zu beantworten. Es ist zu erwarten, daß die Kommunalen und voraussichtlich die Sozialdemokraten morgen eine Besprechung der Tagesordnung, die Marx vor Beginn der Tagesordnung abgeben, beantragen werden.

Anders als Reudell!

Reichspostminister Schäkel und die Verfassung.

Weder den neuen Reichspostminister Schäkel, der bekanntlich der Bayerischen Volkspartei angehört, schreibt die freigeistliche Beamtenzeitung „Post und Telegraphie“:

Von dem neuen Reichspostminister Dr. Schäkel wissen wir, daß er sich in entscheidenden Augenblicken treu zur Verfassung und zur Republik eingestellt hat. Das ist für ihn ein großes Plus. Man erzählt sich, daß, als feierlich in bewegten Tagen der Bayerische Verkehrsbeamtenbund seinen Mitgliedern mitteilte, daß sie, obgleich Reichsbeamte, als Bayern auch Befehlungen von der bayerischen Staatsregierung entgegennehmen müssen, Herr Dr. Schäkel den Leitern dieses Bundes erklärt habe, daß er nur nach den Weisungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung handeln werde. Damit war einem bayerischen Post zum großen Teil das Lebenslicht ausgeblasen. Als treu zur Verfassung und zur Republik stehend, bringen wir dem neuen Reichspostminister auch als Mitglied einer Reichsregierung ein Stück Vertrauen entgegen, das sich je nach den Taten des Ministers vergrößern oder verkleinern wird.

Diese Haltung des neuen Postministers steht in bemerkenswertem Gegensatz zu dem Verhalten seines Kabinettskollegen, des Reichsinnenministers Dr. v. Reudell, der während des Kapp-Putsches bekanntlich bei dem Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. Oder anfrage und offenbar von diesem die Weisung entgegennehmen wollte, ob er für oder gegen den Reichspräsidenten, für oder gegen die Reichsregierung eintreten solle.

Kapitulation der Aufständischen auch in Lissabon.

(Telegramm.)

Lissabon, 10. Februar. (W. T. V.)

Die Aufständischen, die das Marinarevirel und das Zentralpostamt besetzt hatten, haben sich in der vergangenen Nacht nach einer heftigen Beschikung ergeben. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. (Siehe auch Seite 4.)

Bismarck und die Liberalen.

Aus neuen Briefen.

Von

[Nachdruck verboten.]

Dr. Paul Nathan.

Als sie noch sehr lebendig waren — eine ganze Anzahl unter ihnen geistvoll, tätig, welt erfahren —, da nannten sie sich selbst die „toten Männer“, wenn sie gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts zunächst häufiger, dann seltener und seltener in einem heute verschwundenen Volke in unmittelbarer Nähe der Potsdamer Brücke zusammenkamen. Fast alle waren sie Parlamentarier: sie alle gehörten mit geringen Ausnahmen dem Kreise der sogenannten Sezessionisten an, jenen Politikern, die aus der Nationalliberalen Partei ausgeschieden waren, als Bismarck zunächst die deutsche Wirtschaftspolitik in reaktionäre Bahnen lenkte, um folgerichtig dann auch die politische Politik in das entsprechende Gleis zu bringen. Sie machten diese Schenkung nicht mit, die Bismarck jünger und nicht ohne Befremdung, und die Miquel, leichterem französischen Blutes, bedenkenloser, neue Möglichkeiten politischer Aufstieges erpähend, als erträglich erlaubte.

Der reale Faktor, mit dem die Sezessionisten gerechnet hatten, war das hohe Alter Kaiser Wilhelms I. Schloß er nach dem Laufe der Natur in absehbarer Zeit die Augen, so war der damalige Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich, sein Nachfolger, und dessen Individualität, die in diesen Kreisen aus persönlichen Verührungen wohl bekannt war, schien für einen politischen Umschwung zu bürgen. In diesen Kreis von politischen Männern und in diese Zeit führt eine Veröffentlichung „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, eine politische Briefsammlung“ von Paul Henke.

Unter den Briefen sind nicht wenige bedeutungslos; aber eine ganze Reihe doch von historischem Wert. Sie geben dem Kenner begrifflicher Weise nicht neue Aufschlüsse; doch auch ihm in einzelnen hier und dort einen neuen Wind; neue Nuancen, schärferes Licht und schärferen Schatten. Es sind nicht die ersten besten, die in diesen Briefen sich äußern: Bennigsen, Wauel, Stauffenberg, Jordanbeck, Bamberg, Kasfer, Vanda, Lujo Brentano, Wunzen, Friedrich Derenburg, Droyen, Gustav Krentag, Gneist, Hänel, Karl v. Normann, Richter, Kiderit, Schrader, Theodor Barth, Birchow e tutti quanti; eine stolze Reihe; eine sehr stolze Reihe intellektuell sehr ungewöhnlicher Männer, die auch politisch eine große Rolle in Deutschland hätten spielen können, und die diese Rolle niemals gespielt haben: „tote Männer“ — politisch — selbst als sie noch lebten, eine ganze große, geistig bedeutende Generation erdrückt und in ihrer Betätigung vermindert durch den Titanen Bismarck, in dessen Schatten keine selbständige Individualität aufkommen vermochte; eine Tragik für das Deutsche Reich, wie auch für Bismarck schließlich selbst, den nach Lenbachs Anspruch dann das „Gasperl“, Wilhelm II. in Krone und Purpurmantel, mit leichter Handbewegung in die Einsamkeit des Sachsenwaldes ohne irgendeinen Widerstand in Deutschland zu finden, abschob, abschob für immer, wie einen pensionierten, namenlosen Minister — sagen wir — Michaelis.

Es war Bismarck tatsächlich gelungen, jede selbständige politische Macht in Deutschland, die etwas bedeutete, zu vernichten; auch jede Macht, die einen genialen Staatsmann — den Einiger Deutschlands hätte tühen können.

Es gibt meines Wissens in der Geschichte der Menschheit kein zweites, so schlagendes, so einleuchtendes Beispiel, wie dieses, wo ein Reihe von seinen eigenen Feinden hilflos zu Boden gestreckt ward.

Bismarck hatte Deutschland so slavisch diszipliniert, daß die Gegner des Fürsten, die ihn hart bekämpften, ihm Gerechtigkeit widerfahren ließen, und keine Verweh, die ihm zugebilligt, solange er an der Macht war, wagten, launfroh getmetet von Bismarck, auch für Bismarck nicht einen Finger zu rühren.

Es gibt aus der preussisch-deutschen Geschichte nur eine Parallele.

Als die Schlacht von Jena geschlagen war, lagen vor dem „fortschrittlichen Emporkömmling“ jene Kreise platt am Boden, deren militärische Anhänger noch vor kurzem ihre Säbel herausfordernd an den granitnen Stufen der französischen Gesandtschaft in Berlin gewetzt hatten. Und als Bismarck verabschiedet war, vermieden es die Kreise seiner „Verweh“, die jeden als Landesvertreter zu bezeichnen pflegten, der ihn zu kritisieren gewagt hatte, auch nur an ihren Bismarck-Enthusiasmus sich erinnern zu lassen.

Bismarck, der große Menschenkenner und auch Menschenverächter, sagte einmal: Laufende begründen mich jetzt auf der Strafe; wenn man mich zum Schafott fahren würde, wären auf der Strafe Zehntausende.

Es waren die „toten Männer“, die sich ehrten, indem sie ihren großen Ueberwinder niemals die großen Eigenschaften neben seinen kleinen und widerwärtigen Charakterzügen abgesprochen haben; Konservative und selbst Nationalliberale aber vertrieben es, ihn ein Heros „Unter den Linden“ zu grüßen, nachdem er als „Handlanger“ von Wilhelm II. entkühlt worden war.

Wilhelm II. kann von Doorn aus sein Leben überblicken; wie Bismarck es vom Sachsenwald aus tun konnte; eine Kontrastierung in der Wirklichkeit, wie nur die größten Poeten in der Dichtung die Menschenschicksale je einander entgegenzustellen vermochten.

Daß aus der Nationalliberalen Partei die Sezessionisten ausgeschieden mußten, war eine innere Notwendigkeit, als Bismarck

*) Band II. 1871 bis 1890. Kurt Schröder, Bonn. 1926.